

## Stadt Vetschau/Spreewald

<b>Mitteilungsvorlage</b> öffentlich	Vorlage-Nr:	<b>MV-StVV-318-11</b>			
	AZ:	<b>601-2-pö</b>			
	Datum:	<b>06.01.2011</b>			
	Amt:	<b>Bauamt</b>			
	Verfasser:	<b>Stephan Pönack</b>			
<b>Beratungsfolge</b>		Anw.	Dafür	Dag.	Enth.
<b>24.01.2011 Wirtschaftsausschuss</b>					
<b>Betreff</b> <b>Verbesserung der Breitbandversorgung in der Stadt Vetschau/Spreewald - Vetschau nutzt Breitband-Förderprogramm</b>					

### Zusammenfassung

Die Stadt Vetschau/Spreewald möchte die Breitbandversorgung in bisher unterversorgten Ortsteilen verbessern. Dazu hat die Stadt Ende 2010 beim Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung Fördermittel zur „Vorbereitende Arbeiten und Begleitung der Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der Breitbandversorgung“ beantragt. Darauf aufbauend könnten 2011 bereits erste Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden. Dazu eignen sich die OT Stradow und Raddusch. Die Förderung liegt bei günstigen 90 Prozent inklusive Mehrwertsteuer.

### Begründung

Derzeit ist die Situation in der Breitbandversorgung in der Stadt Vetschau/Spreewald unzureichend. Über die Hälfte der Ortsteile ist nach einer ersten überschlägigen Schätzung durch die Stadt mit Hilfe der Ortsvorsteher im August dieses Jahres unterversorgt (unter 2 Mbit/s). Darum hat sich die Stadtverwaltung entschieden, die Fördermaßnahmen der Landesregierung in Anspruch zu nehmen und für unterversorgte Ortsteile eine verbesserte Breitbandversorgung sicherzustellen. Ziel ist die flächendeckende Versorgung der Bürger, Touristen und der Unternehmen der Stadt mit einer adäquaten Internetverbindung. Damit werden die Standortfaktoren der Stadt und Region gestärkt und in die Lage versetzt, der zunehmenden Digitalisierung und Vernetzung von der Region aus zu folgen.

Die Stadt Vetschau hat am 11. November 2010 das Maßnahmenblatt für „Vorbereitende Arbeiten und Begleitung der Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der Breitbandversorgung der Stadt Vetschau/Spreewald“ erstellt. Noch im November wurde der Antrag durch das ILE/ LEADER-Büro in Lübben befürwortet. Daraufhin wurde der förmliche Fördermittelantrag beim Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung in Luckau gestellt. Die Bewilligung wird für Frühjahr 2011 erwartet.

Durch die beantragte Maßnahme soll der Bedarf für investive Maßnahmen (z.B. Leitungsbau) für die Breitbandversorgung von einem Ingenieurbüro ermittelt und nachgewiesen werden (z.B. Nachweis der Nichtwirtschaftlichkeit einer Verkabelung durch Netzbetreiber, Anzahl und Beschaffenheit der Anschlüsse, bestes technisches Verfahren (Kabel/Funk etc), Anschlusspunkte etc.). Damit werden die Voraussetzungen geschaffen werden, gegebenenfalls die vorhandene Wirtschaftlichkeitslücken<sup>1</sup> bei Aufrüstung/Netzneuerrichtungen zu schließen. Außerdem wird die Stadt durch das Büro bei der Umsetzung der Infrastrukturmaßnahmen durch den Anbieter unterstützt (Veröffentlichung, Aufbereitung der Angebote, Kontrolle, Öffentlichkeitsarbeit).

<sup>1</sup> Wirtschaftlichkeitslücke ist die Differenz von den tatsächlichen Kosten des Netzausbaus zu den Kosten, für die der Netzausbau des Netzbetreibers noch wirtschaftlich ist (Gewinn abwirft). Diese Lücke ist der Grund, warum in den Dörfern kein Ausbau stattfindet und ist Ziel der staatlichen Unterstützung. Diese wird den Unternehmen erstattet, damit der Netzausbau stattfinden kann und sich in der wirtschaftlichen Betreibung rechnet.

## Finanzielle Auswirkungen:

### **Kosten und Förderung**

Beide Verfahren – Förderung der Vorbereitenden Maßnahmen sowie Schließung der Infrastrukturlücke – werden vom Land zu 90 Prozent (inklusive Mehrwertsteuer) gefördert

Die Vorbereitenden Maßnahmen belaufen sich auf 18.249,84 Euro, der Anteil der Stadt beläuft sich auf 1.824,98 Euro.

Für erste investive Maßnahmen gibt es bereits eine Schätzung. Für erste Maßnahmen bieten sich die OT Stradow und Raddusch an. Für Stradow ergibt sich eine Lücke von 124.000 – 146.000 Euro (Städtischer Anteil: 12.400 bis 14.600 Euro), für Raddusch (abh. von Erschließung in Stradow) 153.600 – 200.400 Euro (Städtischer Anteil: 15.460 – 20.000 Euro).

Mitarbeiter	Sachbearbeiter	Amtsleiter	Bürgermeister
-------------	----------------	------------	---------------